



Gerold Reichenbach, MdB

Ausgabe 05/2017

© Corinna van den Brink

Kitas im Kreis Groß-Gerau profitieren von Bundesprogramm „Sprach-Kitas“

"Sprache ist der Schlüssel zur Welt und zur Integration", so Reichenbach zu dem Programm, mit dem hauptsächlich Kindertageseinrichtungen gefördert werden, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichem Förderbedarf besucht werden. „Nur wer die deutsche Sprache ausreichend beherrscht, hat auch die Chance auf Bildung, Beruf und Integration“, so Reichenbach weiter. Und dies gelte nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund.

Zu den geförderten Einrichtungen im Kreis Groß-Gerau gehören sechs Kitas in Kelsterbach, fünf in Rüsselsheim, vier in Raunheim, drei in Mörfelden-Walldorf und eine in

Kontakt:

*Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag*

*Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin*

Tel. +49 30 227 72150

Fax: +49 30 227 76156

Mail:

gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:

<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:

Carolin Lühe

V.i.S.d.P.:

Gerold Reichenbach, MdB

Das sind die Ergebnisse des Koalitionsausschusses

Es war eine lange Liste an Punkten, über die der Koalitionsausschuss beraten wollte. 25 strittige Themen standen am Mittwochabend auf der Agenda, und so tagte die Spitzenrunde bis 2.30 Uhr in der Nacht. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann beschrieb das Spitzentreffen der Koalition als konstruktiv, aber hart in der Sache.

SPD und CDU/CSU haben sich auf ein Verbot von Kinderehen verständigt. Sie bestätigten damit eine zuvor bereits erfolgte Einigung der Koalitionsfraktionen mit Blick auf einen vom Bundesjustizministerium vorgelegten Gesetzentwurf. Einigen konnte sich die Runde auch auf ein Präventionsprogramm gegen islamistischen Terrorismus. Dafür hatte die SPD-Fraktion lange gekämpft. Für den Bundeshaushalt 2018 sind für das Programm weitere 100 Millionen Euro vorgesehen. Ein weiterer Erfolg für die SPD-Fraktion ist der umfassende Schutz vor Privatisierung von Bundesstraßen, also zum Beispiel Autobahnen. Hier gibt es nun eine weitere Regelung, mit der Schlupflöcher verhindert werden, damit es nicht mithilfe von Tochterunternehmen der geplanten Bundesfernstraßengesellschaft quasi zu einer Privatisierung kommen kann. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird es eine Beschäftigungsgarantie und einen Überleitungstarifvertrag geben.

Beim Familiennachzug einigte sich der Ausschuss darauf, durch eine „Härtefallregelung“ mehr Spielraum zu ermöglichen, so SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Diese Härtefallklausel soll in Einzelfällen unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention genutzt werden. Das war den Sozialdemokraten ein sehr wichtiger Punkt.

Auch soll es verstärkt Schutzkonzepte in Flüchtlingsheimen geben, um Übergriffe auf Frauen und Kinder zu verhindern.

Es soll weiterhin ein schärferes Vorgehen gegen Sozialbetrug durch Asylbewerber ermöglicht werden. So wird es künftig Sozialbehörden gesetzlich erlaubt sein, Fingerabdrücke zur Identitätsprüfung einzusetzen.

Eine Verständigung gab es auch auf ein härteres Vorgehen bei Wohnungseinbrüchen. Der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung soll mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden. Hierzu gibt es keinen minderschweren Fall. Zudem soll eine Verkehrsdatenabfrage möglich sein, also auch eine Telefonüberwachung.

Ausgenommen von der Mindeststrafregelung bleiben Einbrüche in Gartenlauben, Datschen, Kioske etc. Thomas Oppermann stellte dazu klar, dass Sicherheit ein sozialdemokratisches Kernthema ist, weil sich nur Reiche private Sicherheitsdienste leisten können.

Stockstadt am Rhein. Der Kreis Groß-Gerau profitiere damit von einer Anhebung der Mittel, mit denen die Zahl der geförderten Einrichtungen in diesem Jahr auf rund 3.500 Sprach-Kitas bundesweit verdoppelt werden konnte.

**Kommunale
Bildungsinfrastruktur:
Finanzminister Schäfer
schmückt sich mit fremden
Federn**

„Die gestern vom hessischen Finanzminister Schäfer gestartete PR-Aktion zum Kommunalen Investitionsprogramm (KIP) des Bundes ist einfach nur dreist und unseriös“, erklärt der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach.

Erstens sei das Vorgehen Schäfers voreilig, weil der Bundestag die 3,5 Mrd. Euro noch gar nicht beschlossen habe. Zweitens schmücke sich Schäfer mit „fremden Federn“, weil es ein Bundesprogramm und der hessische Anteil daran sehr gering ist. 75 % der Gelder kämen vom Bund, 25 % müssten die Kommunen als Eigenanteil tragen und das Land übernehme lediglich die Zinsen für den Eigenanteil der Kommunen. Drittens gehöre auch zur Wahrheit, dass die Bundes-SPD weitere 6 Mrd. Euro, aus dem Haushaltsüberschuss des vergangenen Jahres in Bildungsinfrastruktur stecken wollte, dies sei aber leider an der Union gescheitert.

„Es ist gut und richtig, dass sich der Bund auf Initiative der SPD zukünftig am Ausbau der kommunalen Bildungsinfrastruktur beteiligen will“, hält MdB Gerold Reichenbach fest. „Allerdings sollten die Mittel des Bundes auch in Hessen erst dann verteilt werden, wenn die entsprechenden Gesetze verabschiedet sind.“

Nachdem der Bundesfinanzminister mit den

Verabschiedung des Schienenlärmenschutzgesetzes im Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag hat einstimmig am Donnerstag das Schienenlärmenschutzgesetz verabschiedet. Das bedeutet, dass ab dem Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 in Deutschland keine lauten Güterwagen mehr fahren dürfen. „Wir haben uns für dieses Gesetz so stark eingebracht, weil wir die Bürgerinnen und Bürger schützen wollen. Nun wird der Lärm an der Quelle beseitigt und der Lärmschutz gefördert. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Gesetz heute auf den Weg gebracht haben“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach.

Ab 2020 dürfen laute Güterzüge nur noch für den Gelegenheitsverkehr angemeldet werden und nicht mehr im Jahresfahrplan. Die Konsequenz wäre, dass der Zug entsprechend langsam fahren muss. Er würde die Strecke für nachfolgende Züge blockieren. Das wäre eine Strafe für leise Züge, die bereits umgerüstet sind. So werden die Möglichkeiten für laute Güterzüge, das Streckennetz zu nutzen, erheblich eingeschränkt. Monitoring-Stationen sollen eingerichtet werden, um die Lautstärke der Güterwagen zu überwachen. Denn ein einzelner Güterwagen kann die Lärmmenge eines sonst leisen Zuges deutlich erhöhen.

Für die Zukunft ist die Entwicklung von leiserer Technik für Güterwagen weiterhin enorm wichtig. Züge, die noch laut sind, müssen umgerüstet werden können, sobald leisere Technik zur Verfügung steht.

„Viele Menschen aus meinem Wahlkreis sind von hohem Bahnlärm geplagt“, erklärt Reichenbach. Gemeinsam mit betroffenen Kommunen versuchen die Abgeordneten, Konzepte zu entwickeln, um die betroffenen Bürgerinnen und Bürger weiter zu entlasten. Im neuen Lärmschutzpapier ihrer Fraktion werden „Modellregionen“ – unter anderem ist Fulda in Hessen dabei – identifiziert, in denen neue Projekte zum Schutz von Betroffenen entwickelt und erprobt werden können.

Das Gesetz über den Schienenlärmenschutz ist ein erster Schritt und ein wichtiges Etappenziel. „Es war ein langer Weg“, resümiert Gerold Reichenbach. „Aber wir arbeiten weiter an Verbesserungen für die Menschen entlang der Bahnschiene. Ohne ausreichenden Lärmschutz gibt es keine Akzeptanz in der Bevölkerung für weitere, dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen – wie etwa den Ausbau der Schnellstrecke Fulda-Frankfurt.“

Brexit: Hart verhandeln, aber Freunde bleiben

Am 29. März hat die britische Regierung gegenüber dem Präsidenten des Europäischen Rats, Donald Tusk, formal den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union – kurz Brexit – erklärt. Seitdem läuft die Uhr für die Verhandlungen über das Ausscheiden des Vereinten Königreichs aus der Europäischen Union (EU).

Einen Tag danach hat der Bundestag über die so genannten Brexit-Erklärung und ihre Bedeutung für die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten debattiert

Länderministerpräsidenten im November 2016 ein Paket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finzen beschlossen hatte, berät der Bundestag derzeit die Gesetzesvorhaben, die auch 13 Grundgesetzänderungen beinhalten. „Zu dem Paket gehören neben den 3,5 Mrd. Euro für kommunale Bildungsinfrastruktur, auch das Unterhaltsvorschussgesetz, die Stärkung der Rechte des Bundes und des Bundesrechnungshofs sowie die umstrittene Infrastrukturgesellschaft Verkehr“, erläutert MdB Gerold Reichenbach. Am kommenden Montag sei noch die Anhörung zu der Infrastrukturgesellschaft vorgesehen und danach müssten die Anhörungen erst noch ausgewertet werden. Gerade die Infrastrukturgesellschaft müsse sehr sorgfältig und detailliert beraten werden, um eine Privatisierung dauerhaft auszuschließen und die parlamentarische Steuerung und Kontrolle sowie die Interessen der Beschäftigten sichergestellt werden.

„Zeitgleich zu seiner PR-Aktion hat uns hessische Bundestagsabgeordnete dann auch noch ein Bettelbrief des hessischen Finanzministers erreicht, in dem er Wünsche zur Ausgestaltung des 3,5 Mrd. Euro-Topfes formuliert“, so MdB Gerold Reichenbach. „Ein schöner Beleg dafür, dass Schäfer passend zu Ostern ungelegte Eier verteilt.“

Mit der Faust in der Tasche für die Dobrindt-Maut

Am Freitag mussten wir im Bundestag das Prestigeprojekt der CSU, die PKW-Maut, beraten und abstimmen. Im Koalitionsvertrag haben wir die Pkw-Maut unter drei zu erfüllenden Kriterien vereinbart:

- Die Maut muss europarechtskonform sein.

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) geht von schwierigen Verhandlungen über den Vollzug des Austritts Großbritanniens aus der EU aus. Er machte klar, dass die Bundesregierung die Interessen der Bürgerinnen und Bürger der verbleibenden 27 EU-Staaten, den Zusammenhalt der EU sowie die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedstaaten wahren wolle. Gleiches gelte für die Institutionen der EU. Dafür gebe es keinen „Britten-Rabatt“, betonte Gabriel. Die verbleibenden EU-Staaten sollten nun selbstbewusst verhandeln. Zu Beginn der Verhandlungen sei zu klären, dass die mehr als drei Millionen EU-Bürger, die im Königreich leben, durch den Brexit möglichst keine Nachteile haben, erklärte der Außenminister.

Die Briten müssten Verpflichtungen einhalten, was auch für die Finanzierung von EU-Programmen gelte, forderte Gabriel. Klar sei auch, dass eine Partnerschaft außerhalb der EU weniger sein müsse als eine EU-Mitgliedschaft. Je enger die Partnerschaft mit Großbritannien ausfalle, desto mehr gemeinsame Spielregeln brauche es, machte Gabriel klar. Es bestehe wenig Interesse, die Verhandlungen so zu führen, „dass am Ende ein völlig zerrüttetes und verfeindetes Verhältnis zwischen uns entsteht“, sagte Gabriel: „Wir müssen Freunde bleiben.“ Der Zusammenhalt von Europa sei jetzt das Wichtigste bei allen Verhandlungen, stellte SPD-Fraktionsvize Axel Schäfer klar. Der Austritt Großbritanniens sei nicht gut für die EU, aber er sei besonders tragisch für Großbritannien. „Wir sind nicht mehr in einer Win-win-Situation, sondern in einer Lose-lose-Situation“, sagte Schäfer. Die Verhandlungen werden am Ende für alle sichtbar machen, was „wir in Europa bereits gemeinsam erreicht haben“.

Das Europäische Parlament wird bereits am 5. April eine Erklärung zu den Austrittsverhandlungen verabschieden. Der Bundestag wird vor der Beschlussfassung der Staats- und Regierungschefs am 29. April eine Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung abgeben.

Zunächst muss in den kommenden zwei Jahren ein Austrittsabkommen zwischen der EU und Großbritannien verhandelt werden. Dabei geht es beispielsweise um den künftigen Status von EU-Bürgern, die in Großbritannien leben und arbeiten sowie um Bürger des Vereinten Königreichs in der EU. Finanzielle Verpflichtungen sind zu klären genauso wie der Status internationaler Abkommen. Außerdem brauchen Unternehmen, die in Großbritannien produzieren Rechtssicherheit und es sind Grenzfragen zwischen Großbritannien und der Republik Irland zu beantworten. Bis zum Austritt gelten für Großbritannien alle Rechte und Pflichten eines EU-Mitgliedstaates.

Erst, wenn das Austrittsabkommen steht, soll über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien verhandelt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine Task-Force eingerichtet, die für die Fraktion die Verhandlungen mit Großbritannien begleitet.

- Es dürfen für keinen deutschen Autofahrer Mehrkosten entstehen.
- Die Maut muss in einem nennenswertem Umfang Geld generieren.

Die beiden ersten Kriterien sind seit der Überarbeitung des Gesetzentwurfes und der Einigung zwischen der EU-Kommission und Dobrindt erfüllt.

Das dritte Kriterium war hoch umstritten. In Experten-Anhörungen im Haushalts-, Finanz- und Verkehrsausschuss bezweifelten die Sachverständigen die Berechnungen des Bundesverkehrsministeriums. Lediglich der eigene Gutachter des Ministeriums erklärte die Zahlen für plausibel.

Daher befragte die SPD-Fraktion Bundesfinanzminister Schäuble, ob Dobrindts Zahlen stimmen. Nach langem Zögern kam Schäubles Antwort: "Das Bundesministerium der Finanzen hat keine Veranlassung, die Annahmen der Verkehrsexperten des BMVI zu bezweifeln. Daher sehe der Finanzplan des Bundes ab 2019 auch zusätzliche Investitionen von rund 500 Millionen Euro pro Jahr vor."

Nachdem der Bundesfinanzminister die Verantwortung übernommen hat, mussten wir dem ungeliebten CSU-Projekt zustimmen, weil wir vertragstreue sein müssen.

Doch der Maut stehen weitere Hürden bevor. Zunächst muss sich noch der Bundesrat mit der Thematik befassen und hier haben einige Länder bereits Protest angemeldet.

Dann kommen Bundestagswahlen, neue Koalitionsverhandlungen und selbst wenn es die Maut in einen neuen Koalitionsvertrag schafft, wird mit Sicherheit dagegen geklagt. Unsere Prognose: Die Maut wird wie das CSU-Projekt Betreuungsgeld scheitern.

SPD-Fraktion beschließt Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe

Immer noch darf er ihn nicht heiraten und sie nicht sie. Homosexuelle Paare können in Deutschland keine Ehe, sondern seit 2001 nur eine Lebenspartnerschaft miteinander eingehen. Die SPD-Bundestagsfraktion will das seit vielen Jahren ändern und fordert die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Im Koalitionsvertrag von Union und Sozialdemokraten steht dazu: „Rechtliche Regelungen, die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften schlechter stellen, werden wir beseitigen.“ Offensichtlich interpretieren die CDU/CSU-Fraktion und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) diesen Satz anders als die SPD-Fraktion und verhindern die Ehe für alle. Die SPD-Fraktion hingegen hat kontinuierlich daran gearbeitet, ihren Koalitionspartner davon zu überzeugen, die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen. „Wenn es keine Gleichstellung gibt, dann ist das Diskriminierung“, stellt der Beauftragte für die Belange von Lesben und Schwulen der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Kahrs, fest.

Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe auf ihrer Fraktionssitzung am Dienstag beschlossen. Was übrigens auch die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung ist: Anfang dieses Jahres hatte die Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine repräsentative Studie veröffentlicht, nach der 83 Prozent der Befragten wollen, dass eine Ehe zwischen zwei Männern oder zwischen zwei Frauen möglich sein soll. „CDU und CSU sollten endlich über ihren Schatten springen und ihren Widerstand aufgeben“, sagt Thomas Oppermann. Doch die Union hat das Thema auf einem Spitzentreffen der Koalition abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion sieht eine Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch vor. Dort soll im Paragraph 1353 künftig stehen: „Die Ehe wird zwischen zwei Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“ Damit erlangen schwule oder lesbische Ehepaare auch das volle Adoptionsrecht. Das heißt: Sie können endlich gemeinsam Kinder adoptieren. „Wenn zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, dann sollen sie auch eine Ehe eingehen können – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung“, erklärt SPD-Fraktionsvizein Eva Högl.

Paare, die bereits eine Lebenspartnerschaft eingegangen sind, können bei den Standesämtern ihre Lebenspartnerschaft in eine Ehe umschreiben lassen. Dies erfolgt dann rückwirkend ab dem Datum, an dem die Lebenspartnerschaft geschlossen wurde. Das ist wichtig für die Stichtage zur Berechnung des Versorgungs- oder Zugewinnausgleichs bei einer eventuellen Scheidung. Nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen keine neuen Lebenspartnerschaften mehr eingegangen werden können. Lebenspartner, die keine Ehe eingehen wollen, führen ihre Lebenspartnerschaft fort.

Übrigens gilt mittlerweile allein in 14 europäischen Ländern die Ehe für alle. Darunter sind auch katholisch geprägte Gesellschaften wie in Spanien oder Portugal. Dort dürfen homosexuelle Paare heiraten. Es wird Zeit, dass Deutschland nicht mehr hinterherhinkt.